

Absender:

AfD-Fraktion im Rat der Stadt

17-04593
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Änderungsantrag zur Vorlage 17-04533, Resolution zur Nutzung des interkommunalen Gewerbegebietes BS-SZ:

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

12.05.2017

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

16.05.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt möge folgenden Änderungstext beschließen:
bisherige Vorlage

"[.] Der Rat beauftragt die Verwaltung der Stadt Braunschweig daher, sämtliche rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten auszuschöpfen, um eine solche Ansiedlung zu verhindern[.]"

unsere Änderung:

*"[.] Der Rat beauftragt die Verwaltung der Stadt Braunschweig daher, sämtliche rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten **zu nennen**[.]"*

Sachverhalt:

Ein pauschaler Auftrag an die Verwaltung, alle möglichen rechtlichen Optionen auszuschöpfen, entspricht weder der Informations-, noch der Sorgfaltspflicht der Ratsmitglieder. Über die tatsächlichen Möglichkeiten sollte der Rat im Vorfeld in Kenntnis gesetzt werden, um eine konkrete Beschlußgrundlage zu erhalten.

Anlagen: keine